



Militarismus in der Europäischen Union

Stand der Dinge vor dem Treffen des Europäischen Rats

25.-26. Juni 2015

Zusammengefasst:

Die Europäische Union wurde als Friedensprojekt gegründet. Heute stellen Elemente der EU Sicherheitspolitik eine Gefahr für die eigene Bevölkerung dar. Nur wenigen EU-Bürgern ist es klar, für was für eine Art Politik sich ihre Regierungen auf der EU-Ebene einsetzen. Seit 2013 unterstützen die Vorgaben der EU zunehmend den Waffenhandel, und somit den fortdauernden Militarismus in kriegsbetroffenen Ländern, die Entwicklung bewaffneter Drohnen und die Militarisierung des Cyberspace. Die EU sollte sich strategisch von den gescheiterten Konzepten des Militarismus abwenden.

Vom 25.-26. Juni 2015 werden die Regierungschefs der EU Mitgliedstaaten die Fortschritte der EU in Bezug auf Sicherheit und Themen wie den Waffenhandel überprüfen. Das könnte für Sie ein Anlass sein, sich an die (Bundes-) Regierung zu wenden. Auf der Webseite von QCEA finden sich in unserem Blog und in Veröffentlichungen weitere Informationen über die militaristischen Aspekte der EU, wie sie in diesem Hintergrundpapier dargestellt werden, sowie zu den Alternativen die einer gewaltfreien Aufbauarbeit für den Frieden liegen, die einer sichereren Welt dient.

Überblick über die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU

Die Aufgaben und Entscheidungsprozesse der Europäischen Gemeinschaft (EU) sind in Verträgen geregelt, denen alle EU-Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Der Reformvertrag von Lissabon (2009), bestätigte die dominierende Rolle der Regierungen der Mitgliedstaaten in der EU Außenpolitik, gab allerdings dem europäischen Parlament einige zusätzliche Überprüfungs- und Budgetrechte.

Überwiegend ist es den europäischen Bürgern nicht bewusst, dass die EU eine eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat. Innerhalb dessen, was als [Gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik](#) (GSVP) bezeichnet wird, ist die EU in Osteuropa, dem Nahen Osten und Afrika aktiv. Das breite Spektrum von GSVP Aktivitäten schließt die unbewaffnete von Waffenstillstandslinien, Polizei- und Justizreform, militärische Ausbildung und sogar Militäroperationen ein - wie etwa die Marinemission der EU vor der somalischen Küste. Ein [kleiner Anteil](#) dieser EU-Mittel ermöglicht es NGOs vor Ort Graswurzel Friedensarbeit zu leisten, um Konflikten vorzubeugen.



Vier Regierungschefs beim Europäischen Rat (Creative Commons: P. Shaw, Crown Copyright, 2014).

Wachsender EU Militarismus seit 2013

Im Dezember 2013 kam der Europäische Rat (die Regierungschefs der 28 Mitgliedstaaten) zusammen, um die Prioritäten der EU GSVP abzustimmen. Was die sind, mag Sie überraschen.

Im **Dezember 2013** vereinbarte Prioritäten der gemeinsamen EU Sicherheit und Verteidigungspolitik:

- Entwicklung bewaffneter Drohnen durch die europäische Verteidigungsagentur
- ökonomische Unterstützung des Waffenhandels
- Luftbetankung für Kampfflugzeuge
- militärische Antworten auf Angriffe gegen maritime und Cyberinfrastruktur

Ökonomische Unterstützung des Waffenhandels

Die EU-Mitgliedstaaten produzieren Waffen, wie etwa in Deutschland gebaute U-Boote, Schusswaffen aus Belgien und Kampfflugzeuge aus Großbritannien. Wie in anderen Branchen liegt der Profit im Export. **Europäische Waffen** sind in letzter Zeit gegen die Zivilbevölkerung im Nahen Osten und in Nordafrika eingesetzt worden (beispielsweise seit 2011 im Zusammenhang mit politischen Unruhen); ebenso auch in anderen Teilen der Welt, wie in Sri Lanka und Kolumbien.

Im Dezember 2013 verständigte sich der Europäische Rat auf Maßnahmen, um die Verteidigungsindustrien zu stärken und dabei zu gewährleisten, dass die Fähigkeiten, die die Verteidigungsindustrie benötigt, entwickelt werden. In der zusammenfassenden Dokumentation dieses Treffens findet sich die Prophezeiung, die beschlossenen Maßnahmen würden "Vorteile hinsichtlich des Wachstums, der Arbeitsplätze und der Modernisierung des europäischen Industriesektors in seiner Gesamtheit bringen." Das Argument ist bekannt: wir kennen es von den Lobbyisten des Waffenhandels. Wachstum und Arbeitsplätze über das menschliche Gemeinwohl zu setzen, wiederholt die wirtschaftspolitischen Fehler der Vergangenheit. Sich auf Arbeitsplätze zu konzentrieren, als sei Rüstungsproduktion eine Branche wie jeder andere, und nicht eine, die Werkzeuge zur Gewaltausübung herstellt, **widerspricht dem Verständnis der EU als Friedensprojekt.**

Militärische Unterstützung für Staaten in Konfliktzonen

Seit der ersten zivilen, europäischen Polizeimission 2002 in Bosnien-Herzegovina, gab es 30 EU Missionen in Ländern, die sich in Konfliktzonen befinden. Einige von ihnen sind als zivile Mission zu bezeichnen, andere als militärische. Beispielsweise begannen im Jahr 2010 militärische Trainingsmissionen in Somalia, in Mali dann 2013. Diese Missionen dienen dem erklärten Zweck die Fähigkeiten von Drittregierungen zu stärken, um organisiertes Verbrechen und Terrorismus zu bekämpfen und dazu beizutragen, die europäische Energieversorgung abzusichern. Das schließt die Bereitstellung von Training und Ausrüstung ein.

In von gewaltsamen Konflikten betroffenen Ländern ist es schwer vorherzusagen, für welche Vorgehensweisen sich das Militär entscheiden wird.

Der Einsatz von Gewalt entzieht sich oft ziviler Kontrolle und Soldaten zeigen sich gelegentlich nur eingeschränkt bereit, die Menschenrechte zu beachten. Wo die EU dabei hilft, **militärische Fähigkeiten auszubauen**, vergrößert sie möglicherweise auch den Schaden, den das Militär bewirken kann. Wo Frauen nahezu vollständig bei EU Einsätzen fehlen, werden Rollen verstärkt, die Männlichkeit mit Macht, Gewalt und Kontrolle in Verbindung bringen. Stattdessen sollte sich die EU darauf konzentrieren, Konflikten durch Friedensarbeit vorzubeugen. Das kann sie leisten, wenn sie in Mechanismen zur Prävention gewaltsamer Auseinandersetzungen und in den zivilen Friedensdienstes investiert, wie auch in die Förderung von Chancengleichheit und effektiver Verwaltung.



Ganz oben: Eurosatory Waffenexpo fair, Paris (CC: AMB Brescva). Oben: Trainingseinsatz der EU in Mali (Defence Images, Crown Copyright, 2014).



Bewaffnete Drohnen

Im Dezember 2013 begrüßten die Regierungschefs öffentlich die Zusammenarbeit für die Entwicklung von Drohnen für militärische Zwecke. Eine Drohne ist ein ferngesteuerter Flugroboter.

Drohnen können für unterschiedliche Zwecke eingesetzt werden – beispielsweise zur Überwachung - werden tatsächlich aber zunehmend eingesetzt, um Waffen (Raketen und Bomben) zu transportieren und einzusetzen. Gegenwärtig sind die Hauptnutzer bewaffneter Drohnen die Regierungen der USA, Großbritanniens und Israels. Allerdings verbreitet sich diese Technologie immer weiter und in den allernächsten Jahren werden viele weitere Regierungen sie voraussichtlich anschaffen. Die EU nimmt an diesem Verbreitungsprozess teil. Es gibt zwei EU Körperschaften, die seit mehr als 10 Jahren die Entwicklung von Drohnen als Militärtechnologie aktiv fördern. Eine dieser Körperschaften ist die [EU-Kommission](#), die die EU Forschungsförderung dazu genutzt hat, die Drohnenentwicklungsprojekte von Waffenherstellern zu fördern. Die andere ist die [Europäische Verteidigungsagentur](#), eine weniger bekannte EU Körperschaft, die eingerichtet wurde, um die militärische Zusammenarbeit innerhalb der EU zu fördern.

Es gibt ernsthafte Bedenken gegen bewaffnete Drohnen, die von Nichtregierungsorganisationen wie [Amnesty International](#) und [Human Rights Watch](#) benannt wurden. Mithilfe bewaffneter Drohnen kann eine Regierung Luftangriffe Unternehmen, ohne dadurch auf der eigenen Seite Leben zu riskieren. Fliegt eine bewaffnete Drohne beispielsweise über dem Irak, kann derjenige, der sie steuert, vor einem Bildschirm auf einem Luftwaffenstützpunkt in Deutschland sitzen. Das geringe Risiko erleichtert also den Einsatz von Gewalt und macht ihn damit für Regierungen attraktiver.

Wo es so leicht geworden ist zu töten, ist eine alarmierende Tendenz der Regierungen zu beobachten,

Drohnen in einer Weise einsetzen, die Regeln internationalen Rechts, die den Gewalteinsatz im Krieg begrenzen sollen, zu missachtet.

Gerade die Regierung der USA benutzt bewaffnete Drohnen um des Islamismus verdächtige Personen außerhalb von Kampfzonen umzubringen - ein klarer Verstoß gegen internationales Recht. Obendrein sind Drohnenlenker auf Informationen angewiesen, um zu wissen, wohin sie ihre Waffen abfeuern sollen. Diese Informationen sind oft unvollständig oder ungenau, was wiederum zu einer hohen Zahl ziviler Opfer führt. All dies hat Experten für Menschenrechte dazu veranlasst, bewaffnete Drohnen als ernsthafte Bedrohung des grundlegendsten aller Menschenrechte zu bewerten: [des Rechts auf Leben](#).

Im Dezember 2013 gaben die Regierungschefs ihrer uneingeschränkten Unterstützung für die Entwicklung von Drohnen für militärische Zwecke Ausdruck. Auf Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte bezogen sie sich dabei nicht. Allerdings haben seither drei große internationale Institutionen beschlossen, diese Bedenken für berechtigt zu halten: im Februar 2014 das [Europäische Parlament](#), im März 2014 der [Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen](#), und die [parlamentarische Versammlung des Europarates](#) im April 2015. Die parlamentarische Versammlung des Europarates ist eine Körperschaft, die aus den Vertretern der nationalen Parlamente von 47 europäischen Ländern besteht.

Wo nun im Juni 2015 die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU beim europäischen Rat zur Überprüfung ansteht, haben unsere Staatschefs wiederum die Gelegenheit, ihre Einstellung zum Thema bewaffneter Drohnen zu diskutieren. Werden sie die Bedenken der Verteidiger der Menschenrechte ignorieren? Oder werden sie sich doch für einen neuen, auf die Menschenrechte orientierten Ansatz entscheiden?



Drohne bei der Paris Airshow (Creative Commons: Guerric)

Der militarisierte Cyberspace

Die EU sieht ein erhöhtes Risiko bösartiger Angriffe auf computergestützte Informationssysteme, ohne die viele öffentliche und private Dienstleistungen nicht mehr denkbar sind. **Cyber-Angriffe** können über das Internet von jedem Ort in der Welt ausgeführt werden. Diejenigen, die die Politik bestimmen, kümmern sich derzeit um militaristische Antworten auf Angriffe im Cyberspace, statt Schritte zu unternehmen, um einen friedlichen Cyberspace zu schaffen.

Im Dezember 2013 verlangten **EU Regierungschefs ein Rahmenwerk für die Verteidigung im Cyberspace**. Darüber gibt es jetzt eine Vereinbarung: Sie beschreibt die Verteidigung gegen Cyber-Angriffe als Verantwortung des Militärs und verspricht, dass Cyberfähigkeiten militärischer Art entwickelt und den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden.

Ziel dieses neuen europäischen Rahmenwerks ist es, den europäischen Waffenhandel zu stärken (speziell die technologischen und industriellen Grundlagen) und die Maßnahmen der EU mit sogenannten Cyber-Verteidigungsaktivitäten der NATO in Einklang zu bringen.

Dieser Ansatz ist beispielhaft für den 'Festung Europa' Gedanken, den die EU bei Themen beginnend mit der Migration bis hin zur Abwehr gewalttätigen **Extremismus** wählt. Statt dessen sollte die EU internationale Strukturen aufbauen, die im Falle eines Cyberangriffs unverzüglich präzise Informationen liefern. Dergleichen würde die Gefahr einer Panik und der Eskalation eines Konflikts durch Vergeltungsmaßnahmen verringern. Gleichzeitig würde es investigative Kapazitäten liefern, auf die sich internationale Rechtsmittel stützen könnten.

Empfehlungen

1. Rückbesinnung auf das Friedensschaffen anstelle des Militarismus.

QCEA appelliert an die EU Mitgliedstaaten, ihre Strategien weg von der gescheiterten Politik des Militarismus darauf zu verlagern, friedvolle Lösungen zu finden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten neu darauf fokussiert werden, die Grundursachen von Konflikten anzugehen, und das etwa mittels Mediation, durch Unterstützung der Zivilgesellschaft vor Ort und des zivilen Friedensdienstes. Waffenhandel sollte nicht länger gefördert werden, insbesondere nicht ausschließlich um Wirtschaftswachstum zu erzielen.

2. Drohnen

QCEA ruft die Regierungschefs, die sich als Europäischer Rat treffen, auf, die Auswirkungen des Einsatzes bewaffneter Drohnen auf die Menschenrechte und weitere schädliche Auswirkungen anzuerkennen. Für die Zukunft hoffen wir auf eine Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, bewaffnete Drohnen weder einzusetzen noch zu entwickeln.

Was können Sie tun?

Der Europäische Rat ist eine Versammlung der Regierungschefs aller EU Mitgliedstaaten. Um noch auf die Beschlüsse einzuwirken, die **der Europäische Rat bei seinem Treffen am 25. - 26. Juni 2015** fassen wird, wenden Sie sich bitte an den für Europa zuständigen Bundesminister. Sie können einen Brief schreiben oder andere geeignete Formen der Kommunikation nutzen, wie E-Mail oder Social Media / Internet.

Die Kontaktdaten aller in den 28 Mitgliedsstaaten zuständigen Minister finden sich hier <http://bit.ly/1H3o87p>. In Österreich ist dies Bundesminister Sebastian Kurz. In Deutschland wäre dies der Staatsminister für Europafragen Michael Roth (MdB), der in weiteren Funktionen unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender des Zentrums für internationale Friedenseinsätze und Stiftungsratsmitglied der Deutschen Stiftung Friedensforschung ist. Wer nicht Mitglied oder Bewohner eines EU Mitgliedstaates sind, kann sich dennoch an den Außenminister Lettlands wenden, da Lettland derzeit die Präsidentschaft im Europäischen Rat innehat - und somit eine besondere Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung des Treffens im Juni.

QCEA möchte Sie ermutigen, sich für das Friedensschaffen anstelle der militärischen Vorgehensweise einzusetzen. In Ihrem Brief bzw. E-Mail etc. könnten sie den europäischen Rat dazu aufrufen, die Menschenrechte zu bedenken, wenn es um die Entwicklung bewaffneter Drohnen geht. Dabei wäre es nützlich drauf hinzuweisen, dass das **europäische Parlament**, der **Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen**, und die **parlamentarische Versammlung des Europarats** allesamt anerkannt haben, dass bewaffnete Drohnen schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte hervorrufen.

Wenn wir an diesem Thema alle zusammen arbeiten, können wir entscheidendes bewirken.